

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **F. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 1.50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Gewerkschaften und die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs	731	Kongresse. Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände. — Konferenz der Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen. — Niederländische Berufskongresse.	739
Gesetzgebung und Verwaltung. Vom preussischen Kontraktbruch-Gesetzentwurf	733	Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen in Deutschland. — Aus der Schweiz	745
Statistik und Volkswirtschaft. Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden im dritten Quartal 1904. — Arbeitslosen-Zählung in München	733	Gewerbegerichtliches. Wahlen in Erlangen, Prenzlau und Kreuznach	746
Arbeiterbewegung. Die gewerkschaftliche Bewegung in Ungarn. — Die amerikanischen Gewerkschaften im Jahre 1903. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Aus der Schweiz	736	Kartelle, Sekretariate. Jubiläum des Nürnberger Arbeitersekretariats. — Neue Arbeitersekretariate in Forth und Hof. — Preisaus Schreiben für das Hamburger Gewerkschaftshaus	746
		Mitteilungen. An die deutschen Gewerkschaften (betr. Bibliothek in Stolb i. B.). — Quittung der Generalkommission für Monat Oktober	746

Die Gewerkschaften und die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag hatte mit großer Mehrheit einem Antrage zugestimmt, der die Parteigenossen und insbesondere die Parteipresse zur Aufklärung der Arbeiter über die Gefahren des Alkoholgenußes auffordert und es für das Interesse der Arbeiterbewegung erforderlich erklärt, den Alkoholmißbrauch in der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Wir hatten diesen Beschluß in Nr. 40 des „Corr.-Bl.“ zustimmend wiedergegeben und die Bekämpfung der Gefahren des Alkoholmißbrauchs als eine erste Aufgabe aller öffentlich wirkenden Arbeiterorganisationen erklärt mit dem Hinweis auf die wirtschaftlich-sozialen Schäden der Trunksucht, die ein Hindernis für die Hebung der Lage der Arbeiter bilden. Dagegen wandten wir uns wider die Auffassung, daß es zur Propaganda dieser Frage besonderer Arbeiterorganisationen bedürfe, da solche leicht der Gefahr unterliegen, einseitig zu agitieren und eine Begleitercheinung des sozialen Elends als dessen Quelle auszugeben.

Unsere durch die schweizerische „Arbeiterstimme“ übernommene Ausführungen veranlassen den Vorstand des „Sozialdemokratischen Abstinentenbundes“ zu längeren Auseinandersetzungen, deren Quintessenz darauf hinausgeht, daß der Kampf gegen den Alkoholismus unter der organisierten Arbeiterschaft am besten durch tätige Arbeiter-Abstinentenvereine ausgeübt werde. Wer diesen „in irgend einer Weise entgegenarbeitet“ (sei es aus Unkenntnis oder aus anderen Gründen), der besorge die Geschäfte des Kapitalismus, d. h. des Alkoholinteressenten-Kapitals. Das letztere wird als die treibende Kraft der Alkoholverwüstung

hingestellt, das kein Mittel unversucht lasse, um sein Produkt abzugeben. Dieser systematischen Verführung gegenüber mühten sich diejenigen, die erkannt haben, daß die Alkoholfrage nur durch die „Abstinenten“ gelöst werden könne, zusammenschließen. „Bei der Alkoholflut, die uns heute umgibt, ist, wie die Erfahrung immer wieder lehrt, der einzelne in der Regel zu schwach, sich dauernd als Abstinente behaupten zu können. Hier wie überall ergibt sich im Anschluß an die Organisationen die nötige Kraft. Nur mächtige Organisationen sind der Riesenaufgabe dieses Kampfes gewachsen, nur sie können die Gesetzgebung beeinflussen, alkoholfreie Erholungs- und Geselligkeitsstätten im großen schaffen etc.“

Gegenüber der Befürchtung einer einseitig-fanatizischen Behandlung der Alkoholfrage wird dann weiter ausgeführt: Wenn auch die Abstinente so „einseitige Fanatiker“ wären, so wird doch niemand behaupten können, daß durch diese Art Fanatismus jemals irgend ein wohlmeinender Mensch an Leib und Leben geschädigt worden sei. Vom Fanatismus der Trinker, die nichts unversucht lassen, um einen Kameraden zum Mittrinken zu veranlassen und andere recht eigentlich zum Mittrinken zwingen, redet man nie, aber wenn ein Abstinente der Gewohnheit des Trinkens diejenige des Nichttrinkens entgegensetzt, so schreit man gleich „Fanatiker“. Die Abstinente tun doch nichts anderes, als was auch die Agitatoren der Sozialdemokratie tun; sie arbeiten für eine große und gute Sache, suchen andere für ihre Ueberzeugung zu gewinnen. Wären die Verbreiter der sozialdemokratischen Ideen nicht „Fanatiker“ gewesen, stände dann die Partei so da wie sie jetzt steht? Mögen uns zwar die Leute, die wir aus ihrer „Gemüchlichkeit“ aufscheuchen und den Spiegel vorhalten, immerhin „Fanatiker“ schelten; je mehr sie dies tun, desto mehr sind wir uns bewußt, unsere Pflicht getan zu haben.

Lehnung an die Gewerkschaften und Genossenschaften geschehen, indem diese zur Errichtung von Gewerkschaftshäusern, Arbeiterheimen, Lesezimmern und Volkshäusern veranlaßt werden, wo der Arbeiter die freien Stunden zubringen kann, ohne zum Alkoholgenuß gezwungen zu sein? Mit der Schaffung der Räume allein ist ja die Aufgabe auch nur halb gelöst, denn, wer diese Räume aufsucht, will sich unterhalten durch Lektüre, bildende Darstellungen u. dergl. Und soll die Volkserziehung zur Mäßigkeit erst im Abstinenzheim beginnen? Kann die Gewerkschaft nicht viel wirksamer tätig sein durch ihren Einfluß in Fabrik und Werkstatt, auf Bauten und auf dem Lande? Wie viel wäre schon gewonnen, wenn es durch eine vernünftige Gewerkschaftspropaganda gelänge, den intensiven Alkoholgenuß während der Arbeit zu beseitigen und die heranwachsende Jugend diesem Beispiel zu entziehen. Enthaltung von Alkoholgenuß während der Arbeit ist eine Forderung, die jeder Volkswirtschaftler und Hygieniker unterschreiben wird; sie hat mit der absoluten Abstinenz nichts zu tun, sondern bedeutet nichts anderes als Mäßigkeit, d. h. Genuß am rechten Orte. Alkoholgenuß während der Arbeit ist Mißbrauch und es ist Aufgabe der Gewerkschaften, diesem durch Erziehung der Arbeiter zu steuern.

Hier greifen also die Aufgaben aller Kulturbewegungen ineinander; jede muß mitarbeiten — keine derselben ist zu entbehren. Ja, wenn die Aufgabe einer besonderen Organisation der Alkoholgegner lediglich darin bestände, immer von neuem die Propaganda anzulegen und alle Kulturbewegungen zur Mitarbeit heranzuziehen, dann ließe sich darüber gewiß reden. Dazu bedarf es aber keiner Organisation der Massen, sondern des Zusammenwirkens einer kleinen Gruppe energisch tätiger Kräfte, die das Ziel verfolgen, ihre Ueberzeugung in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft zu propagieren. Sie dürfen jedoch den Arbeitern nicht vorreden: nur als Mitglied eines Arbeiter-Abstinenzbundes könnt ihr den Alkoholmißbrauch bekämpfen, — sondern sie müssen ihnen sagen: es ist eure Pflicht als Parteigenosse, Gewerkschaftler oder Genossenschaftler, überall, in Fabrik und Heim, im Verein und in der Öffentlichkeit, dem schädlichen Uebermaß des Alkoholgenusses entgegenzutreten. Würden die Alkoholgegner so ihre Aufgabe erfassen, so hinderte uns nichts, mit ihnen zusammenzuarbeiten und ihnen jede unserer Tribünen zur Verfügung zu stellen. Die öffentliche Diskussion würde bald bewirken, ihren einseitigen Enthaltensfanatismus auf das rechte Maß, d. h. auf die Mäßigkeit, zurückzuführen und ihnen eine weniger anstößige Art der Vertretung nahelegen, die imstande ist, sich wirksam in die Praxis umzusetzen. Man kann es indes den Gewerkschaften wie anderen Kulturfaktoren nicht verdenken, wenn sie es ablehnen, in den Dienst von Sonderbestrebungen zu treten, die mit der Alkoholmißbrauch-Bekämpfung nicht mehr gemein haben, wie ein krankhafter Auswuchs mit einer gesunden Lebensweise.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Vom preussischen Kontraktbruch-Gesetzentwurf.

Am 2. November will die Kommission des Abgeordnetenhauses in die Beratung des Entwurfs gegen den Kontraktbruch landwirtschaftlicher Arbeiter eintreten. Die „Deutsche Tageszeitung“ versucht bereits, für ein solches Gesetz Stimmung zu machen. Daß damit für die ländlichen Arbeiter ein Ausnahmerecht

geschaffen wird, tut ihrem Eifer nicht den geringsten Abbruch. Ein solches Kontraktbruchgesetz bedeutet, daß ländliche Arbeiter für Nichterhaltung von Verträgen bestraft werden sollen, während andere Leute für Vertragsverletzungen nur zivilrechtlich haftbar gemacht werden können. Es muß unsere Aufgabe sein, das den ländlichen Arbeitern bei der Agitation klar zu machen und sie auf die ihnen drohenden Gefahren hinzuweisen.

Statistik und Volkswirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden im 3. Quartal 1904.

Die Arbeitslosigkeits-Statistik für das dritte Quartal umfaßt zwei weitere Verbände, den Deutschen Werftarbeiter-Verband (Sitz Bremerhaven) und den Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte (Sitz Berlin) mit 3721 bez. 16 327 Mitgliedern. Dagegen fehlen diesmal der Verband der Setzer und Majchinisten, jowie der Klographen-Verband, der Deutsche Photographengehülfen-Verein und die Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehülfen. Außerdem veripäteten sich die Angaben des Deutschen Mühlenarbeiter-Verbandes, jowie des Gewerkevereins der Schiffszimmerer, welche demzufolge zwar noch in die Tabelle eingestellt werden konnten, aber in deren Schlußziffern unberücksichtigt bleiben mußten. Sie sind in unserer Tabelle durch Kurzschrift hervorgehoben.

Die Veröffentlichung des Reichs-Arbeitsblattes (Nr. 7) gibt im weiteren noch einige offensichtlich unzuverlässige und zudem höchst lückenhafte Angaben eines Verbandes katholischer Arbeitervereine in Berlin wieder, die wegen verspäteter Einlieferung ebenfalls von der Zusammenstellung ausgeschlossen blieben. Dieser Verband soll angeblich 51 000 männliche und 1000 weibliche Mitglieder zählen und 248 Arbeitslose mit 833 Mk. unterstützt haben. Lassen schon diese geringfügigen Arbeitslosigkeits- und Ausgabeziffern darauf schließen, daß diese Organisation Arbeitslose wohl nur in besonderen Notfällen unterstützt, so fehlt es auch nach anderer Hinsicht an den Voraussetzungen, diesen Verband in die Statistik aufzunehmen. Die vorliegende Statistik ist eine solche der Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden; ihr Zweck ist die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Gewerben und Industrien. Diese Darstellung wird aber geradezu verwischt durch die Einbeziehung einer Organisation, die außerhalb jeder beruflichen Grundlagen und Aufgaben steht und deren oberflächliche Angaben auch sonst der Statistik wenig zur Ehre gereichen. Das Arbeitsstatistische Amt sollte es sich nochmals ernstlich überlegen, ob es seiner Statistik förderlich ist, solche Organisationen den Fachverbänden gleichzustellen. Nach unserem Dafürhalten gehört der Verband der katholischen Arbeitervereine nicht in diese Statistik; wir haben ihn daher auch in unserer Tabelle völlig außer Betracht gelassen.

Die Statistik des 3. Quartals berichtet über 589 928 Personen (im 2. Quartal 547 525 Personen), davon 39 622 weibliche (gegen 19 299 im 2. Quartal). Es waren beteiligt: Die Gewerkschaften mit 464 734 (435 478) Mitgl., davon 18 417 (14 863) weiblichen; — die Gewerkevereine mit 105 688 (105 708) Mitgl., davon 4878 (4418) weiblichen, und sonstige Berufsvereine mit 19 421 (6339) Mitgl., davon 16 327 (18) weiblichen. Die bedeutende Zunahme der weiblichen Mitglieder erklärt sich durch den Eintritt des Kaufmännischen Verbandes weiblicher Angestellter mit 16 327 Mitgliedern.

Endlich entdeckt der Vorstand des Arbeiter-Abstinenzbundes einen Widerspruch zwischen den Bemerkungen des „Corr.-Bl.“ und der Resolution des Parteitagcs, indem ersteres die Arbeiter-Abstinenzorganisationen, die Stützpunkte der Agitation, für überflüssig erkläre, anstatt dafür Propaganda zu machen. Zum mindesten habe der Artikelschreiber die Tragweite seiner Bemerkungen nicht bedacht. Offenbar aber sei er kein Abstinenz und habe sich mit der Alkoholfrage kaum beschäftigt; deshalb müsse man ihm die Kompetenz absprechen, über die Abstinenz bezw. die geeignete Propaganda zu urteilen.

Da haben wir ja den Fanatiker der Einseitigkeit, vor dessen Vorurteil wir warnen. Wer von der Notwendigkeit besonderer Arbeiter-Abstinenzvereine nicht überzeugt ist, wird als Nichtabstinenz, als einer, der die Tragweite seiner Worte nicht bedenkt, der die Alkoholfrage nicht versteht, erklärt und ihm die Kompetenz abgesprochen, über die Propaganda gegen den Alkoholismus ein Urteil abzugeben. Nur wer keinen Tropfen Alkohol genießt, ist würdig, über diese Frage mitzureden. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, muß es unerklärlich erscheinen, weshalb die Abstinenzanhänger dem Beschlusse des sozialdemokratischen Parteitagcs, der sicherlich zu neun Zehnteln aus Nichtabstinenten besteht, ein so großes Gewicht beimessen. Hätten dort nur Abstinenten ein Urteil abgegeben, d. h. abstimmen dürfen, dann wären keine 20 Stimmen auf die Resolution Braun gefallen. Damit wollen wir keineswegs behaupten, daß der Parteitag nach seiner Mehrheit aus Alkoholisten bestand, wie die Abstinenzfanatiker argumentieren würden. Darin unterscheiden wir uns eben von letzteren, daß wir die Alkoholfrage von einer höheren Warte aus betrachten. Der Mehrheit, die für die Resolution Braun eintrat, war sicherlich die Gefahr des Alkoholismus durchaus bekannt. Sie verurteilte indes nicht jeden Alkoholgenuß überhaupt, sondern nur den übermäßigen Alkoholgenuß, den Alkoholmißbrauch, von dem allein in der Resolution die Rede ist. Mäßigkeit im Trinken schadet nicht und ist kein Uebel, das besonders bekämpft werden muß; nur dem Uebermaß des Genußes alkoholischer Getränke soll entgegen gewirkt werden.

Wir wissen sehr wohl, daß diese Auslegung der Parteitagcsresolution sich nicht der Zustimmung der Enthaltenspropagandisten erfreut; das kann uns jedoch nicht hindern, unsere Auffassung darzulegen, um einer verfehlten Propaganda der Alkoholfrage vorzubeugen. Wir halten die absolute Abstinenz für eine unnötige Uebertreibung der Antialkoholbewegung, die weder den Gefunden, noch den Kranken zum Nutzen gereicht und die Propaganda mit dem Fluch der Lächerlichkeit behaftet. Will und kann jemand dem Alkoholgenuß in jeder Form völlig entsagen, so ist das seine private Sache, und niemand wird ihm darob Vorwürfe machen. Aber auch der mäßige Alkoholgenuß anderer geht niemand etwas an, da er niemand schädigt und keinem ein Vergernis bereitet. Ihn zum Verbrechen, zur Vergiftung zu stempeln, ist absurd und schädigt bloß die Agitation gegen das Uebermaß des Trinkens.

Vor allem verwerfen wir diese Art der Propaganda deshalb, weil sie dazu verleitet, Personen statt der wirtschaftlichen Erscheinungen zu bekämpfen, da sie die Ursache mit der Wirkung verwechselt, und dadurch die Masse der Arbeiter zu Trinkern, Kranken und Unzurechnungsfähigen degradiert. Wir erkennen die Gefahren des Alkoholmißbrauchs durchaus an, aber wir bekämpfen sie in erster Linie durch Ver-

besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Lebenshaltung, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und Festigung des wirtschaftlichen und geistigen Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse. Durch diese wirtschaftliche und politische Hebung der Arbeiter wird der Gefahr der Alkoholverseuchung des Volkes viel wirksamer begegnet als durch hundert Abstinenzvereine. Die Abstinenzfanatiker müssen erst den ursächlichen Zusammenhang des allgemeinen sozialen Elends mit dem Alkoholmißbrauch leugnen, ehe sie über die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung hinweg zu besonderen Abstinenzorganisationen schreiten können.

Gegen die letzteren wenden wir uns aber noch aus dem besonderen Grunde, weil sie im gegenwärtigen Moment eine neue Zerspaltung der Kräfte der Arbeiterbewegung bedeuten. Vier Organisationsrichtungen beanspruchen heute bereits neben der staatlichen und freiwilligen Versicherung die Straft des einzelnen Arbeiters: die politische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche und die Bildungsorganisation. In den Großstädten treten noch weitere Organisationen hinzu, über deren Notwendigkeit die Meinungen auseinander gehen mögen, denen sich der einzelne aber oft schwer entziehen kann, wie Mietervereine, Gartenvereine, Volksbühne, Sportvereine, Fabrikvereine und dergleichen mehr. Unter diesem Uebermaß von Organisation leidet die Arbeiterbewegung, und besonders die darin tätigen Kräfte werden mit Arbeit und Ansprüchen überbürdet, die den einzelnen nicht minder aufreihen, wie ein Uebermaß des Genußes. Jedes Uebermaß ist schädlich, das des Essens, des Arbeitens, des Geschlechtsgenußes, des Sports usw. nicht minder als das des Trinkens. Ein Uebermaß von Organisation ist aber noch besonders nachteilig deshalb, weil schon die politische gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation steigende Anforderungen an die Kräfte jedes einzelnen stellt. Hier ist eine Vereinfachung des Organisationswesens, ein Aufgeben der Nebenwende in den wichtigsten Organisationsgebieten dringend notwendig. Die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs (und nur um letzteren kann es sich handeln) kann gar nicht allein die Aufgabe besonderer Abstinenzvereine sein; sie muß sich an die großen Kulturbewegungen wenden, die das Ohr des ganzen Volkes finden. Andererseits müssen Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften, um ihrer eigenen Ziele willen, den Gefahren des Alkoholmißbrauchs entgegenwirken, weil diese ein ernstes Hindernis für sie darstellen. Was ist da natürlicher, als daß sich Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften in der Behandlung der Alkoholfrage die Hände reichen und gemeinsam den Kampf aufnehmen? Die Millionen von Arbeitern, auf die ihre Agitation trifft, bilden ein Auditorium, wie es sich Abstinenzvereine selbst in Jahrhunderten nicht zu schaffen vermöchten. Indem wir ihnen dieses Auditorium zur Verfügung stellen, nützen wir wiederum der Bekämpfung des Alkoholismus weit mehr, als wenn wir neue Organisationen unterstützen würden, die die vorhandenen Kräfte zerspalteten und wegen ihrer Einseitigkeit nie die Massen der Arbeiter erfassen.

Und wie wollen die Alkoholgegner ihre Ziele verwirklichen? Sie wollen die Gesetzgebung beeinflussen, aber dazu bedürfen sie der politischen Parteien, die wiederum der Ausdruck wirtschaftlicher Faktoren und Organisationen sind. Sie wollen alkoholfreie Erholungs- und Geselligkeitsstätten schaffen — aber kann das nicht weit rascher und daher wirksamer in An-

Am 30. September waren nun 8925 Personen am Ort und 2158 auf Reise, insgesamt also 11 083 Personen oder 1,8 Proz. aller Mitglieder arbeitslos. Gegen 1,9 Proz. am 30. Juni d. J. ist also ein relativer Rückgang der Arbeitslosen zu verzeichnen. Dieser Rückgang zeigt sich auch bei den einzelnen Organisationsgruppen. So waren bei den Gewerkschaften 10 061 Personen oder 2,1 Proz. (gegen 2,2 Proz. am 30. Juni) arbeitslos; bei den Gewerksvereinen 547 oder 0,5 Proz. (gegen 0,6 Proz.); nur die übrigen Berufsvereine rechnen bei 475 Arbeitslosen oder 2,4 Proz. mit einer Steigerung um 0,5 Proz. Die Ziffer dieser Gruppe ist aber durch die erstmalige Beteiligung des Verbandes der weiblichen Angestellten, sowie durch das Fernbleiben der Vereine der Photographen, Xylographen und Buchhandlungsgehülfen völlig unvergleichbar geworden.

Dagegen ist die Prozentziffer unverändert gegenüber der vom 30. September 1903. Eine vergleichsweise Prüfung der gegenwärtigen und der vorjährigen Ziffern der einzelnen Gewerkschaften zeigt, daß die Schwankungen derselben sich in verhältnismäßig engen Grenzen halten. So zeigt sich bei den Brauern und Handschuhmachern eine Steigerung der Arbeitslosenziffern um je 1,4 Proz., dagegen eine Abnahme bei den Buchdruckern und Bäckern um 0,9 Proz., bei den Kupfer Schmieden um 0,8 Proz. usw. Eine Verschlechterung gegenüber dem 2. Quartal d. J. ergibt sich bei den Bildhauern (Centralverein) um 1,1 Proz., bei den Buchdruckern um 1,4 Proz. und bei den Handschuhmachern sogar um 2,6 Proz. Auch die hausgewerblichen Berufe zeigten um ein geringes erhöhte Arbeitslosenziffern.

Gerade die umgekehrte Entwicklung spiegelt die Vergleichung der Statistik der Arbeitslosigkeit für die mit der vom 2. Quartal d. J. und der vom 3. Quartal 1903 wieder. Hier finden wir eine Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem 2. Quartal, dagegen eine Abnahme gegenüber dem Vorjahre. Es wurden insgesamt 46 354 Fälle von Arbeitslosigkeit am Ort gezählt, also 7,9 Proz. (gegenüber 7,3 Proz. im 2. Quartal d. J. und 8,2 Proz. im 3. Quartal 1903). Auf die einzelnen Gewerkschaftsgruppen entfielen bei den Gewerkschaften 43 986 Fälle oder 9,4 Proz. (im 2. Quartal 8,6 Proz.), den Gewerksvereinen 1397 Fälle oder 1,3 Proz. (im 2. Quartal 1,4 Proz.) und den übrigen Berufsvereinen 1151 Fälle oder 5,9 Proz. (im 2. Quartal 7,4 Proz.). Es ist also lediglich die höhere Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaftsverbänden, die die Gesamtziffern so nachteilig beeinflusst, und zwar ist die Arbeitslosigkeitsziffer wesentlich gestiegen bei den Holzarbeitern (+ 2,3 Proz.), Konditoren (+ 1,6 Proz.), Handschuhmachern (+ 6,8 Proz.), Buchdruckern (+ 4 Proz.), Buchdruck-Hülfsarbeitern (+ 4,4 Proz.), Lithographen (+ 2,9 Proz.) und Formstechern (+ 12,2 Proz.). Demgegenüber zeigt sich ein Rückgang der Arbeitslosigkeitsziffern bei den Kupfer Schmieden (- 3,1 Proz.), Cigarrensortierern (- 1,3 Proz.) und Bildhauern (- 6,9 Proz.). Die Metallarbeiter, als die ausschlaggebendste Gewerkschaft

innerhalb dieser Statistik, weisen 0,01 Proz. Rückgang gegenüber der Arbeitslosigkeit des 2. Quartals auf.

Ueber das Verhältnis zwischen der Zahl der Fälle und der davon betroffenen Personen liegen Angaben von zwei Organisationen vor. Danach beziehen sich beim Centralverein der Bildhauer die angegebenen 2044 Fälle auf 1516 Personen, beim Gutenbergbund die 403 Fälle auf 352 Personen.

Die durchschnittliche Unterstützungsdauer (am Ort) betrug bei allen beteiligten Fachverbänden 16,6 Tage (ebensoviel als im 2. Quartal) und zwar im besonderen bei den Gewerkschaften 16,4 Tage, Gewerksvereinen 21,7 Tage und sonstigen Berufsvereinen 16,9 Tage.

An Unterstützungen wurden gezahlt insgesamt am Orte für 19 979 Mitglieder an 332 390 Tagen 475 375,70 Mk. und auf Reise für 27 512 Mitglieder an 191 386 Tagen 207 605,05 Mk. Davon entfallen auf die einzelnen Organisationsgruppen folgende Beteiligungsziffern: Es unterstützten Gewerkschaften 18 787 Mitglieder an 308 852 Tagen am Orte mit 405 197 Mk. und 26 442 Mitglieder auf Reise mit 202 748 Mk.; die Gewerksvereine 780 Mitglieder an 16 976 Tagen am Orte mit 26 675 Mk. und 893 Mitglieder auf Reise mit 4223 Mk.; die übrigen Berufsvereine endlich 412 Mitglieder an 6962 Tagen am Orte mit 8095 Mk. und 177 Mitglieder auf Reise mit 624 Mk. Im Gesamtdurchschnitt kamen auf jeden örtlichen Unterstützungsfall 2389 Mk. und auf jeden Unterstützungsfall auf Reise 7,52 Mk.; auf jeden Unterstützungsfall überhaupt 14,38 Mk. Unterstützung, während auf jeden Unterstützungstag am Ort durchschnittlich 1,43 Mk. Unterstützung entfielen. Die Zahl der unterstützten Tage auf Reise kann nur von wenigen Verbänden angegeben werden, da viele derselben Reiseunterstützung nach Kilometern zahlen. Bemerkenswert ist, daß die Unterstützungsdauer sich in einzelnen Verbänden ganz außerordentlich über den Durchschnitt erhebt. Während der letztere nur 16,6 Tage beträgt, verzeichnen die Buchdrucker 24, Handschuhmacher 28, Glasarbeiter 32, Gewerksverein der Kaufleute 40 Tage und Gewerksverein der Tabakarbeiter 44 Tage Unterstützungsdauer. Ferner dürfte von Interesse sein, daß im 2. Quartal auf je 100 Mitglieder 10,2 Unterstützungsfälle und 88,86 Mk. Unterstützung, im 3. Quartal dagegen nur 8,04 Unterstützungsfälle, aber 115,78 Mk. Unterstützung entfielen.

Das Gesamtbild der Quartalsstatistik ist eine zwar nicht bedeutende, aber doch merkliche Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes und eine höhere finanzielle Belastung der Gewerkschaften gegenüber dem vorhergehenden Quartal.

Eine Arbeitslosenzählung wird das Münchener Statistische Amt am 20. November d. J. veranstalten. Die Zählung findet statt auf Antrag der Münchener Gewerkschaften, die auch die nötigen Zählmannschaften neben anderen Organisationen bereit stellen.

Anmerkungen zur Tabelle auf Seite 734. ¹ Von 17 Zahlstellen mit 448 Mitgl. (21 weibl.) liegen Angaben nicht vor. ² Mitgliederzahl am Schluß des 2. Quartals. ³ Aus lokalen Mitteln 488,35 Mk. ausgezahlt. ⁴ Für das 2. Quartal wird die Zahl der auf Reise befindlichen Mitglieder von 21834 auf 1818 berichtigt. ⁵ Von etwa 150 Zahlstellen haben nur 84 mit 9796 Mitgl. Stellen eingetragen. ⁶ In 443 Fällen. ⁷ In 973 Fällen. ⁸ 3 Filialen mit etwa 700 Mitgl. sandten keine Angaben ein. ⁹ 48 Zahlstellen mit 1552 Mitgl. haben nicht berichtet. ¹⁰ Es sind nicht die Personen, sondern die Fälle gezählt. ¹¹ 51 Zahlstellen mit 3500 Mitgl. sandten keine Stellen ein. ¹² Die 187 Fälle betrafen 125 Personen. ¹³ 31 Mitgl. erhielten 182 Mk. volles Jahrgeld. ¹⁴ Pro Kilometer 3 Pf. Reiseunterstützung. ¹⁵ Pro Kilometer 4 Pf. Reiseunterstützung. ¹⁶ Die 2044 Fälle betrafen 1516 Personen. ¹⁷ 729 Personen bezogen 752,95 Mk. Lokalunterstützung. ¹⁸ Pro Kilometer 2 Pf. Reisegeld. ¹⁹ Angaben für 87308 Mitgl. erfolgt. ²⁰ Für 2272 Mitgl. ²¹ Pro Kilometer 2 Pf. Reiseunterstützung. ²² Die 403 Fälle betrafen 352 Personen. ²³ Mit 874 Tagen. ²⁴ Für 26 Tage Militärübung 48 Mk. ²⁵ Für 2510 Kilometer. ²⁶ Außerdem für drei Umzüge 123,65 Mk. gezahlt. ²⁷ Mitgliederzahl von vier Ortsgruppen (Berlin, Stettin, Hannover und Erfurt); von zwei Ortsgruppen (Magdeburg und Frankfurt a. D.) fehlen die Angaben, da deren Mitglieder erst ab 1905 Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. ²⁸ Durch Hinzurechnung der Pfennigziffern erhöht sich diese Summe auf 475375,70 Mk. ²⁹ Durch Hinzurechnung der Pfennigziffern erhöht sich diese Summe auf 207605,05 Mk.

Arbeiterbewegung.

Die gewerkschaftliche Bewegung in Ungarn.

Fünfzehn Jahre sind es, seitdem die Keime der ungarländischen gewerkschaftlichen Bewegung emporgesprossen waren. Lange Zeit und schwere Kämpfe erforderte es, bis diese Bewegung nur halbwegs erfolgreiche Resultate konnte aufweisen. Am 1. Januar 1902 waren in Ungarn im ganzen 10 000 organisierte Arbeiter. Von hier an ist eine rapide Entwicklung der Organisationen zu verzeichnen. In einem Zeitabschnitt von zwei Jahren hat sich die Zahl der organisierten Arbeiter vervierfacht. Laut dem Ausweis des ungarländischen Gewerkschaftsrates waren in Ungarn am 1. Januar 1904 zusammen 12 Landes- und 63 Lokalorganisationen mit einer Mitgliederzahl von 41 138. Diese Zahl ist unter einem halben Jahre neuerdings mit 11 000 gewachsen.

Um ein klares Bild vom Stande der ungarländischen gewerkschaftlichen Bewegung zu geben, hat das Sekretariat des Gewerkschaftsrates im Monate August 1904 — in diesem Jahre zum zweitenmal — statistische Erhebungen gemacht. Das Resultat dieser Erhebungen ist, daß die Zahl der Landesorganisationen von 12 auf 15 gewachsen, die der Lokalorganisationen jedoch von 63 auf 29 gefallen ist. Dieses Ergebnis ist als ein erfreuliches zu nennen, denn es zeigt, daß die

Leistungs- und widerstandsunfähigen Lokalorganisationen teilweise neue Landesverbände gegründet und teilweise den schon bestandenem sich angeschlossen haben.

Die 15 Landesverbände bestehen gegenwärtig aus 408 Sektionen und haben zusammen 44 758 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der Lokalorganisationen ist 7652. Zu bemerken ist jedoch, daß auch die Lokalorganisationen auf sozialdemokratischer Basis stehen und nicht nur der politischen Arbeiterpartei, sondern auch dem Gewerkschaftsrate angehören. Daß sie bis heute noch nicht in Verbänden organisiert sind, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß die ungarische Regierung die Statuten der Landesverbände nur schwer und nach jahrelangem Warten genehmigt.

Den Aufschwung der Gewerkschaften zeigt folgender Ausweis:

	Mitgl.	Proz. d. Arb.
am 1. Januar 1902	9 999	2,39
am 1. Januar 1903	15 270	3,65
am 1. Januar 1904	41 138	9,84
am 30. Juni 1904	52 410	12,53

Die Mitgliederzunahme in absoluten Ziffern und Prozenten war:

	absolut	%
im Jahre 1902	5 271	52,72
im Jahre 1903	25 868	169,40
vom 1. Januar bis 30. Juni 1904	11 272	27,40

Ueber den Mitgliederstand der einzelnen Landesorganisationen gibt folgende Tabelle Auskunft:

Laufende Nr.	Organisation der	Zahl der Mitglieder am				Zuwachs der Mitglieder in Prozenten	Sektionen	Mitgliederzahl am		
		1. Januar 1904		30. Juni 1904				30. Juni 1904		Gesamtzahl
		männl.	weibl.	männl.	weibl.			Budapest	Provinz	
1	Bauarbeiter	7967	2	14520	—	82,2	93	3965	10555	14520
2	Buchbinder	586	439	700	600	26,8	16	1100	200	1300
3	Buchdrucker	4370	398	4821	398	9,4	55	3100	2119	5219
4	Eisen- und Metallarbeiter	7500	—	10800	30	44,4	56	7276	3554	10830
5	Eisen- und Metalldreher	660	—	722	—	9,4	4	490	232	722
6	Graphische Arbeiter	570	224	585	215	0,8	9	750	50	800
7	Handelsgehilfen	278	10	320	15	16,3	10	168	167	335
8	Handschuhmacher	110	—	120	—	9,0	2	47	73	120
9	Holzarbeiter	2976	—	4660	—	56,6	51	2440	2220	4660
10	Hutmacher	226	103	204	34	—	2	176	62	238
11	Maler und Anstreicher	320	—	709	—	121,2	13	560	148	708
12	Riemer und Sattler	120	4	240	5	97,5	1	217	28	245
13	Schneider	2018	53	1954	36	—	45	854	1136	1990
14	Schuhmacher	1651	53	1850	21	9,8	33	1063	808	1871
15	Steinmetzen	950	—	1200	—	25,3	18	150	1050	1200
	Summa	30302	1286	43404	1354	—	408	22356	22402	44758

Siehe zu 29 Lokalorganisationen mit einem Mitgliederstande von 7652

Zusammen 52410

Diese Tabelle zeigt, daß die Gewerkschaften Ungarns noch fortwährend im rapiden Wachsen begriffen sind. Das Scharfmachertum und die Verfolgungen seitens der Regierung und Behörden konnten die Entwicklung unserer gewerkschaftlichen Bewegung nicht hemmen. Von Interesse ist es, daß in Budapest die Zahl der organisierten Arbeiter größer ist als in sämtlichen Provinzstädten Ungarns. Inbegriffen die Lokalorganisationen sind in Budapest 27 071 (29,39 Proz.), in den Provinzstädten zusammen 25 339 (7,78 Proz.) der Arbeiter organisiert. Dieser große Unterschied von Prozenten kommt daher, daß in den Provinzstädten Ungarns von einer Großindustrie noch kaum die Rede sein kann, während in der Hauptstadt Budapest die Industrie schon eine ziemlich hohe Stufe erreicht hat.

Da die Gewerkschaften Ungarns noch jung sind, ist selbstverständlich ihr Vermögensstand auch ein kleiner. Im vorigen Jahre verausgabten dieselben — nicht eingerechnet die Ausgaben des Buchdrucker-Unterstützungsvereins und die ausbezahlten Streikunterstützungen — 201 189 Kronen. Am Ende des vorigen Jahres verblieb ein Kassenbestand von 141 002 Kronen. Außerdem haben die Buchdrucker ein Vermögen von beiläufig 300 000 Kronen.

Mit der Kräftigung der Gewerkschaften hielt Schritt die Entwicklung der Fachpresse. Vor drei Jahren erreichten sämtliche ungarländischen Fachblätter die Auflage von 12 000, während sie heute die 60 000 übersteigen. Es erscheinen in Ungarn 21 Fachblätter. Von diesen erscheint 1 wöchentlich, 14 monatlich zweimal und 6 monatlich einmal. Die Auflagen

der Fachblätter sind größer als die Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Die Erklärung davon ist darin zu suchen, daß einzelne Branchen wegen der reaktionären Verhältnisse Ungarns keine Gewerkschaft konnten gründen. So beispielsweise ist den Eisenbahnarbeitern verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Sie besitzen aber ein auf sozialdemokratischer Basis stehendes Fachblatt, welches gegenwärtig in 3500 Exemplaren erscheint.

Die erfreuliche Zunahme der klassenbewußten Arbeiterschaft hat zur Folge, daß auch die Unternehmerschaft sich stramm organisieren. Das Scharfmachertum Ungarns ist eben jetzt an die Arbeit gegangen; da jedoch die jungen ungarländischen Gewerkschaften bereits schon harte Kämpfe siegreich überstanden haben, sehen sie gerüstet den neuen Kämpfen entgegen.

E. Jászai.

Die amerikanischen Gewerkschaften im Jahre 1903.

Das „Department of Labor Bulletin“ des Staates New York (Sept. 1904) veröffentlicht eine statistische Uebersicht über die der American Federation of Labor angeschlossenen Gewerkschaften, die wir in der nachstehenden Uebersetzung des „Reichsarbeitsblattes“ wiedergeben:

„Die Jahresberichte der Leiter der „American Federation of Labor“, die die weit überwiegende Mehrheit der Arbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten umfaßt, bringen zum Ausdruck, daß das vergangene Jahr in jeder Beziehung das fruchtbarste in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung gewesen ist. Die Zahl der für neue Gewerkschaften (Trade Unions) genehmigten Satzungen belief sich auf 1333 gegen 1024 im Jahre vorher (vergl. die folgende Tabelle).

Zahl der von der American Federation of Labor genehmigten Satzungen:

Jahr	National Verbände	Landes-Verbände	Vertikale Startelle	Vertik. Gewerksch. u. gemischte Vere.	Gesamtzahl
1897	8	2	18	189	217
1898	9	0	12	182	203
1899	9	1	35	405	450
1900	14	5	96	734	849
1901	7	4	123	782	916
1902	14	6	127	877	1024
1903	20	3	171	1139	1333

Die Einnahmen der „Federation“ im Jahre 1903 waren um 70 Proz. höher als im Jahre vorher und das Zwölfwache der Einnahmen des Jahres 1893 und aller folgenden Jahre bis zum Jahre 1899, von wo ab sich der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung in allen Zweigen der Industrie geltend machte und auch die Arbeiter veranlaßte, für höhere Löhne einzutreten. Die nachstehende Tabelle gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Federation seit ihrer Organisation im Jahre 1881.

Jahr	Einnahmen in Dollar	Ausgaben in Dollar
1881	174,95	136,20
1882	125,00	252,25
1883	690,19	352,32
1884	336,22	365,07
1885	584,03	450,58
1886	474,11	510,63
1887	1 939,82	2 074,39
1888	4 512,55	2 933,67
1889	6 838,40	6 578,33

1890	23 849,74	21 070,57
1891	17 702,36	13 190,07
1892	17 834,51	18 324,69
1893	20 864,62	21 383,36
1894	15 346,43	17 302,08
1895	13 751,75	15 612,42
1896	16 290,18	15 452,95
1897	18 639,92	14 113,83
1898	18 894,15	19 197,17
1899	36 757,13	30 599,22
1900	71 125,82	68 373,39
1901	115 220,89	118 708,39
1902	144 498,21	119 086,74
1903	247 802,96	196 015,57

Die Mitgliederzunahme aller an die Federation angeschlossenen Gewerkschaften belief sich in den zwölf Monaten bis zum 30. September 1903 auf 440 800, d. h. auf etwa 40 Proz. Die Gesamtmitgliedersziffer ist nicht genau bestimmbar, da die von der Federation gemachten Angaben auf der Zahl der durchschnittlich in jedem der 12 Monate zu leistenden Einzelbeiträge fußen. Dieser Monatsdurchschnitt betrug im Jahre 1903 ungefähr 1 466 000, die sich, wie im folgenden dargestellt wird, auf 113 Central- und diesen nicht angeschlossenen Lokalorganisationen verteilen.

Centralorganisationen, die an die American Federation of Labor angeschlossen sind:

Name der Organisation	Durchschnittliche monatliche Mitgliederziffer	Mitgliederzunahme im 1903
Lokalorganisationen, der Am. Fed. of Labor angeschlossen	82 800	15 000
Schauspieler	1 100	600
Bäcker und Konditoren	15 400	7 638
Barbiere	20 800	5 374
Zettelanfleber	1 000	1 000
Grobschmiede	7 000	8 000
Hüttenarbeiter	1 500	500
Kesselschmiede und Schiffbauer	17 800	8 855
Buchbinder	8 100	2 438
Schuh- und Stiefelmacher	29 700	15 601
Brauereiarbeiter	30 000	2 500
Ziegels- und Terracotta-Arbeiter	5 500	3 834
Brücken- und Eisenkonstruktions-Arbeiter	16 000	—
Beisenbinder (Bürstenmacher)	1 100	200
Tischler u. Zimmerer (Bruderschaft)	109 000	38 602
Tischler und Zimmerer (Vereinigte Gewerksch.)	4 500	2 010
Wagen- und Waggonbauer	4 900	1 503
Wagenbauer	12 800	14 095
Cementarbeiter	5 500	5 500
Kettenschmiede	600	—
Cigarrenarbeiter	38 300	3 751
Handelsangestellte	50 000	20 000
Eisenbahnangestellte	1 300	1 550
Stoffhut- und Kappenmacher	2 500	559
Böttcher (Küfer)	7 200	1 800
Kernmacher *)	—	—
Decorateure für Gardinen	500	45
Elektrizitätsarbeiter	18 300	14 000
Krahn- und Fahrstuhlbauer	2 100	621
Maschinenbauer für Schachtaufzüge	900	50
Dampfmaschinenbauer	14 200	9 055
Eisenbahn-Palettfahrtangestellte	1 400	4 000
Feuerleute an stehenden Kesseln	14 300	12 000
Mühlen-(Getreide-)Arbeiter	2 100	3 400
Frachtfuhrleute u. Lagerhausperson.	4 800	7 000

*) Zu den Eisenformern übergetreten.

Name der Organisation	Durchschnittliche monatliche Mitgliederziffer	Mitgliederzunahme in 1903	Führerleute		
Aleidermacher	45 700	25 000	Eisenbahn-Telegraphisten	32 000	18 200
Aleidermacherinnen	3 000	500	Handels-Telegraphisten	9 500	2 000
Glasflaschenbläser	6 100	500	Textilarbeiter	1 000	—
Glashüttenarbeiter	600	600	Mosaik- und Ziegeldachdecker	15 000	4 000
Glasprenger	900	1 000	Weißblecharbeiter	1 400	349
Glasarbeiter	2 000	429	Ziegelbruder	1 800	—
Handschuhmacher	3 000	3 146	Tabakarbeiter	200	150
Goldschläger	300	—	Reisentenfilien- und Portefeuille-	5 200	933
Granit-Steinhauer	9 400	1 750	arbeiter	1 800	820
Hutmacher	8 500	—	Röhrenarbeiter	1 500	800
Bauarbeiter und Mörtelträger	8 300	9 288	Schreiftieger	43 500	6 067
Hufschmiede	4 400	1 200	Polsterer	2 500	2 200
Hotel- und Gastwirtschaftspersonal	39 100	25 747	Uhrgehäusegraveure	400	20
Eisen-, Stahl- und Zinnarbeiter	15 000	—	Uhrgehäusearbeiter *)	—	—
Juwelierarbeiter	2 400	—	Gummibandweber	100	—
Messerfleischer	300	—	Drahtweber	300	26
Bitterarbeiter	4 400	2 260	Holzbildhauer	2 400	276
Wäschereiarbeiter	8 000	5 190	Holzarbeiter	27 300	11 000
Roßlederarbeiter	4 800	1 800			
Leberarbeiter	3 600	3 000			
Hafenarbeiter	40 000	20 000			
Farbendruker	400	60			
Maschinisten	48 000	15 000			
Sträßbauarbeiter	8 700	4 900			
Marmorarbeiter	1 200	700			
Fleischer	25 300	24 000			
Mechaniker	11 300	9 000			
Metallpolierer, -drücker, -plättierer und Messingarbeiter	12 800	2 000			
Metallblecharbeiter	12 600	8 520			
Metallarbeiter	8 700	7 000			
Bergwerksaufseher	400	—			
Bergarbeiter	217 300	110 536			
Erzbergarbeiter	700	1 700			
Eisenformer	30 000	—			
Musiker	14 000	1 000			
Del- und Gasquellenarbeiter	400	163			
Maler, Tapezierer, Dekorateurs	53 600	16 169			
Papiermacher	10 700	7 009			
Modellmacher	2 900	875			
Pflastersteinbrecher	900	751			
Piano- und Orgelbauer	6 500	2 300			
Steuerleute	500	—			
Stahl- und Kupferdrucker	900	250			
Metalarbeiter, Gas- und Dampfrohrleger	15 200	7 000			
Töpfer	6 100	380			
Pulver- und Sprengstoffarbeiter	700	96			
Druckereiarbeiter an Schneidemaschinen	300	40			
Stoffdrucker	400	20			
Buchdrucker	14 400	1 220			
Steinbrucharbeiter	1 200	—			
Gummiarbeiter	1 000	1 400			
Sägeschmiede	300	—			
Seeleute	13 900	5 697			
Shingle-Weber	1 300	1 360			
Schiffszimmerer und Tischler	2 600	4 200			
Schieferdachdecker	500	450			
Schieferbrucharbeiter	800	200			
Baumwollspinner	2 500	—			
Bühnenarbeiter	4 500	500			
Stereotypen- und Galvanotypen	2 100	236			
Ofenfeger	1 600	147			
Straßen- und Kleinbahnangestellte	25 000	19 000			
Nagelschmiede	100	—			
Schneider	13 800	3 000			

1 466 000 615 731

*) Zu den Juwelierarbeitern übergetreten.

Aus verschiedenen Gründen ist anzunehmen, daß der so gewonnene Monatsdurchschnitt unter der wirklichen Ziffer liegt. Einmal haben die meisten Organisationen stetige Mitgliederzunahmen zu verzeichnen, ein Durchschnitt, dem alle 12 Monate zu Grunde liegen, ist daher viel niedriger, als die effektiven Ziffern der letzten dieser 12 Monate. So betrug die Mitgliederziffer im September 1903 ungefähr 1 745 270 gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1 466 000. Dazu kommt ferner, daß viele Organisationen keinen Wert darauf legen, ihr Stimmrecht in der Föderation bis zur Höchstgrenze auszuüben. So zahlt z. B. die Zimmerergewerkschaft Beiträge für 109 000 Mitglieder (demgemäß ist auch ihr Stimmrecht festgesetzt), während ihre Gesamtmitgliedsziffer sich auf 167 229 beläuft; die der Eisengießer, mit einem Stimmrecht von 30 000, hat ihre 76 416 Mitglieder. Noch eine ganze Anzahl ähnlich liegender Fälle könnte angeführt werden; andererseits haben manche Organisationen, wie die Gewerkschaft der Typographen, ein Stimmrecht, das ungefähr ihrer wirklichen Mitgliederziffer entspricht.

Die durchschnittliche Mitgliederziffer während des Halbjahres Oktober 1903 bis März 1904 war 1 826 114, die Einnahmen auf Grund der Berechnung pro Kopf im gleichen Zeitraum beliefen sich auf 728 10,02 Dollar gegen 51 188,15 Dollar im Vorjahr, sie bedeuten eine Zunahme von 40 Proz. Mitte 1904 waren folgende Organisationsgruppen an die „American Federation of Labor“ angeschlossen: Rationalverbände und internationale Verbände 117, Landesverbände 32, Gewerkschaftskartelle 614, örtliche Gewerkschaften 23 500, gemischte Verbände (federal labor unions) 1478.

Vor zwei Jahren war das Bulletin des New Yorker Arbeitsdepartements in der Lage, auch die Mitgliederzahlen der übrigen Gewerkschaftsgruppen (Eisenbahnerverbände, Bruderschaften, sowie Ritter der Arbeit) mitzuteilen. Diesmal fehlen leider diese Angaben. Die vorliegende Statistik beschränkt sich auf die der American Federation of Labor angeschlossenen Gewerkschaften, die vor 2 Jahren (im Durchschnitt des Jahres 1901) 1 211 245 Mitglieder zählten, also in diesen 2 Jahren nur um 255 000 Mitglieder zunahmen. Daß im Jahre 1903 die Zunahme allein auf 440 700 angegeben wird, klingt nicht unglaublich. Diese Angabe deckt sich im Gegenteil mit den zahlreichen Mitteilungen über den glänzenden Aufschwung im Jahre 1903. Demgegenüber muß konstatiert

werden, daß die vorliegende Statistik ein sehr wenig zuverlässiges Bild gibt. Die Landeszentrale der nordamerikanischen Gewerkschaften scheint auch heute noch nicht die Veröffentlichung zuverlässiger Gewerkschaftsstatistiken zu ihren Aufgaben zu zählen, sonst hätte vielleicht die Weltausstellung von St. Louis sie zur Herausgabe einer solchen mehr bewogen, als alle Anregungen ausländischer Bruderorganisationen. Diese Abneigung gegen die Statistik ist um so fremdlicher, als die offizielle (amtliche) Arbeiterstatistik nirgends in größerem Umfange gepflegt wird als in den Vereinigten Staaten, und deren Veröffentlichungen ihren Ursprung zum nicht geringen Teil der Initiative der Gewerkschaften verdanken. Es ist aber nicht angängig, einerseits die Klarstellung aller möglichen wirtschaftlichen Erscheinungen und Faktoren zu verlangen und andererseits die Stärke eines der wesentlichsten Faktoren des modernen Wirtschaftslebens ängstlich zu verhüllen oder darüber unzuverlässige Angaben in die Welt gehen zu lassen. An einer guten Gewerkschaftsstatistik hat in erster Linie die gewerkschaftliche Propaganda selbst ein hervorragendes Interesse und es muß bei dem praktischen Sinn der Amerikaner geradezu Verwunderung erregen, daß ihre Führer das nicht längst begriffen haben. Die wenigen Zahlen, die sie hier bieten, geben nicht im entferntesten ein genaues Bild der wirklichen Stärke und Leistungsfähigkeit der amerikanischen Gewerkschaften und ihrer Kämpfe, — das lehrt uns schon ein oberflächlicher Vergleich derselben mit der deutschen Statistik. Hoffentlich gelingt es den unausgesetzten Bemühungen des internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landesorganisationen, die amerikanische Landeszentrale von der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer guten Gewerkschaftsstatistik zu überzeugen.

Aus deutschen Gewerkschaften.

Der Centralvorstand des Verbandes der Zimmerer empfiehlt seinen Mitgliedern die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Auf der Basis von Erhebungen während der Jahre 1899 bis 1903 hat er festgestellt, daß diese Unterstützung leicht durchführbar sei. Der Statutenentwurf teilt die Mitglieder in vier Beitragsklassen: I. bis 3 Mk. Tagelohn, II. bis 4 Mk. Tagelohn, III. bis 5 Mk. Tagelohn und IV. über 5 Mk. Tagelohn. Die erste und zweite Beitragsklasse soll bei einer Unterstützung von 75 Pfennig pro Tag wöchentlich 15 Pfennig zahlen, die dritte und vierte bei einer Unterstützung von 1 Mark pro Tag wöchentlich 20 Pfennig. Diese Unterstützung soll im zweiten Jahre gezahlt werden, wenn ein Jahr lang die Beiträge geleistet sind, und zwar erst nach sechstägiger ununterbrochener Arbeitslosigkeit auf die Dauer von sechs Wochen im Jahr. Die Bezugsberechtigung soll für die Verbandsmitglieder, die am 1. Oktober dieses Jahres dem Verbandsverbande ein Jahr und länger angehören, schon am Tage des Beginns der Beitragsentziehung erfolgen. Es wird erwartet, daß die Generalversammlung dafür den 1. Mai 1905 festsetzt. Aus den jüngsten Erhebungen ergab sich, daß am 1. Juli dieses Jahres von 37 212 Mitgliedern des Verbandes 1,80 % wegen Krankheit, 0,12 % wegen Bitterungseinflüsse und 2,09 % wegen Arbeitsmangel arbeitslos waren.

Die Generalkommission für Bauarbeiterchutz in Hamburg ist von einem schweren Verlust betroffen worden. Beim Brande eines Speichers des dortigen Konsumvereins „Produktion“ ist auch ein der Kommission gehörendes Hausmodell, das an einem Mustergerüst alle Schutz-

vorrichtungen darstellt und für die Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg bestimmt war, ein Raub der Flammen geworden. Das Modell im Werte von 9000 Mk. war nicht versichert, da keine Gesellschaft die Versicherung übernehmen wollte. Ein mühseliges Stück Arbeit, das aber für Tausende ein Vorbild für praktischen Arbeiterchutz werden sollte, ist damit vernichtet.

Aus der Schweiz.

Im Großen Räte des Kantons Baselstadt gab es eine lebhafte Debatte über einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Beseitigung des § 164 des Polizeistrafgesetzes, der nach dem Muster des § 153 der deutschen Gewerbeordnung ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter ist.

Der verfehte Paragraph ist wohl schon gegen Arbeiter, aber noch nie gegen Unternehmer angewandt worden, obwohl diese terroristische Akte aller Art gegen ihre Klassengenossen, z. B. bei Truffs, Kartellen usw. und gegen die Arbeiter verübten. Bei der Behandlung des sozialdemokratischen Antrages standen sich scharf getrennt die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten gegenüber. Bemerkenswert war, daß der sozialdemokratische Regierungsrat Wullschlegler gegen seine Regierungskollegen auftrat, welche den Antrag bekämpften, um den § 164 verwirgen zu können, während er dessen Annahme verlangte. In der von den Sozialdemokraten verlangten namentlichen Abstimmung wurde der Antrag mit 66 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Unter den letzteren befand sich ein Duzend Bürgerlicher. Im übrigen haben die Arbeiter bei dieser Gelegenheit einmal genau die „bürgerliche Arbeiterfreundlichkeit“ mit dem berühmten „warmen Herzen“ für sie kennen gelernt, und daraus sollten sie für zukünftige Wahlen und Abstimmungen wie hinsichtlich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation gute Lehren ziehen und davon die praktische Nutzenanwendung machen.

Im ganzen Lande dauert die Protestbewegung der organisierten Arbeiterschaft gegen die insamen Militäraufgebote gegen streikende Arbeiter durch die kapitalistischen Regierungen fort, in deren Beurteilung bis auf wenige Akademiker und Spießbürger in unserer Bewegung alles einig ist. Die Herren, die sich berufen fühlen, für das Militäraufgebot gegen streikende Arbeiter zum Schutze der Streifbrecher und der gesamten bürgerlichen Interessen einzustehen, scheinen der annähernden Meinung zu sein, daß die Arbeiterbewegung ihretwegen da ist. Nun, sie wird auch diese Hindernisse überwinden, nachdem sie auf dem bisher zurückgelegten Wege so viele andere Hindernisse der schwierigsten Art überwunden hat.

Kongresse und Generalversammlungen. Konferenz der Vertreter der Vorstände der Centralverbände.

Berlin, 24. bis 26. Oktober 1904.

Eine größere Anzahl interner Organisationsfragen, insbesondere die Umgestaltung der von den Gewerkschaften geführten Streikstatistik gaben der Generalkommission Veranlassung, die Vorstände der Centralverbände zu einer Konferenz zusammenzubringen. Wie auf der gleichartigen Konferenz im Oktober 1903 waren auch dieses Mal die Centralvorstände durch ihren Vorsitzenden vertreten.

Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit den Erhebungsformularen, die bei der Aufnahme der

Streikstatistik zur Verwendung kommen. Es wurde beschlossen, daß auch weiterhin die Erhebungsmaterialien von der Generalkommission den angeschlossenen Organisationen zu liefern sind. Die Verhandlungen über die Vereinfachung der Statistik führten zu dem Ergebnis, daß nur unwesentliche Veränderungen vorgenommen werden können. Der größte Teil der in den Formularen enthaltenen Fragen muß bestehen bleiben, weil diese Selbstzweck sind und zur Beurteilung der Verhältnisse und Vorgänge am Streikorte dienen. Nur bei den Fragen, die zum Zwecke der Statistik gestellt werden, kann eine Änderung erfolgen, doch soll auch dieses nur in geringem Maße geschehen, damit die Streikbewegung in der Statistik deutlich zum Ausdruck kommt. Dagegen wurde beschlossen, den Versuch zu machen, die Erfolge der Streiks darzustellen, so daß nicht wie bisher nur berichtet wird, wieviele Streiks erfolgreich und wieviel Personen beteiligt waren, sondern auch Angaben gemacht werden über die erreichte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Die Sache bietet insofern besondere Schwierigkeit, weil vielfach die Erfolge der Streiks nicht unmittelbar eintreten und die gestellten Forderungen oftmals längere Zeit nach einem verlorenen Streik von den Unternehmern anerkannt werden. Es dürfte sich jedoch mit der Zeit in Verbindung mit der seit dem 1. Januar 1904 geführten Statistik über die Lohnbewegungen, die nicht zum Streik führen, eine ziemlich zuverlässige Uebersicht über die von den Gewerkschaften für die Arbeiterschaft erkämpfte Verbesserung der Arbeitsverhältnisse geben lassen, wenn auch die ersten Erhebungen noch mangelhaft sein sollten.

Die Gewerkschaftsstatistik, d. h. der Bericht über Umfang und Leistungen der Gewerkschaften, wird gleichfalls im ganzen unverändert bleiben, nur sollen die Ausgaben der Zweigvereine festgestellt werden. Bisher ist in der Statistik nur berichtet, welcher Betrag den Zweigvereinen verbleibe, nicht aber, in welcher Weise diese Beträge verwendet wurden.

Die Beschlüsse des Verbandes der in Gemeinde und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten veranlaßten die Konferenz zur Stellungnahme in einer sogenannten Grenzstreitigkeit. Bisher ist stets versucht worden, Differenzen über die Abgrenzung des Agitationsgebietes durch Verhandlungen unter den Vorständen der unmittelbar beteiligten Organisationen auszugleichen. Daß die Vertreter der gesamten Organisationen sich mit dem vorliegenden Grenzstreit befassen mußten, lag daran, daß die Beschlüsse des Verbandes der Gemeindegewerkschaften den größten Teil der der Generalkommission angeschlossenen Verbände berührten. In einer Sitzung des Vorstandes und Ausschusses und der Beamten des genannten Verbandes, die am 7. und 8. Mai 1904 stattfand, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die in städtischen respektive staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten können ihre wirtschaftlichen Interessen nur durch eine gemeinsame Betriebsorganisation wahren, nicht aber durch Anschluß an die einzelnen Berufsverbände.

Wollten die einzelnen in Frage kommenden Kategorien sich den beruflichen Verbänden anschließen, so würde dieses eine erhebliche Schwächung der gemeinsamen Kraft bedeuten und fast jede einheitliche gewerkschaftliche Aktion unmöglich machen.

Die gewerkschaftlichen Bestrebungen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter

und Unterangestellten unterscheiden sich wesentlich von den Forderungen der Arbeiter der Privatbetriebe.

Auch muß die Taktik der Arbeiter und Unterangestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben im gewerkschaftlichen Kampfe eine wesentlich andere sein, als wie die in der Privatindustrie üblichen.

Aus diesen Gründen heraus kann für die städtischen Arbeiter und Unterangestellten nur die gemeinsame Betriebsorganisation in Frage kommen.

Daher muß der Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten für sich das Recht in Anspruch nehmen, die allein zuständige Organisation für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen zu sein. Er sieht sich daher gezwungen, allen Bestrebungen energisch entgegen zu treten, welche eine Zersplitterung der gemeinsamen Kraft und der gemeinsamen Organisation der städtischen und staatlichen Arbeiter herbeiführen wollen.

In den Fällen jedoch, wo andere berufliche Verbände eine annehmbare Organisation für städtische respektive staatliche Arbeiter geschaffen haben, und insoweit ältere Rechte besitzen, wird unser Verband diese Rechte respektieren und auf die Zugehörigkeit der fraglichen Personen zu demselben verzichten.“

Die Generalkommission machte den Verbandsvorstand darauf aufmerksam, daß dieser Beschluß unmöglich aufrecht erhalten werden kann, weil seine Durchführung die Interessen fast aller anderen der Kommission angeschlossenen Organisationen zu schädigen geeignet sei. Der Verbandsvorstand erklärte aber in der von ihm herausgegebenen Broschüre „Unsere Grenzstreitigkeiten und gewerkschaftliche Taktik“, daß es bei dem Beschlusse verbleiben müsse. Es war deshalb erforderlich, daß durch die Vertreter der Organisationen, die sich zum gemeinsamen Arbeiten zusammengeschlossen haben, erklärt, ob der erwähnte Beschluß durchgeführt werden könne, ohne daß es zu fortgesetzten Differenzen zwischen den Organisationen, die Berufsangehörige in Gemeindebetrieben haben, kommt.

Die Konferenz kam zu dem Entschluß, daß nicht willkürlich von einem Verbandsmitglied die Agitation auf Arbeiter ausgedehnt werden könne, die anderen Berufsangehörigen angehören, und nahm den folgenden Antrag an:

„Die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ist anzuerkennen für das Arbeiter-, Verwaltungs- und Hauspersonal der städtischen, provincialen und staatlichen Wasser-, Licht- und Kraftwerke, Kranken-, Heil- und Verpflegungs- und Bade-Anstalten, Schulhäuser, Asyls, sowie für das Personal im städtischen Kanalisations- und Straßenreinigungs-, Desinfektions- und Beerdigungswesen.

Die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ist nicht anzuerkennen für solche städtische Regiebetriebe, in denen gewerbliche Arbeiter sowie Verkehrsangestellte beschäftigt sind.

Soweit vereinzelte gewerbliche Arbeiter innerhalb städtischer Anstalten dauernd angestellt sind (sog. betriebsfremde Arbeiter), ist gegen deren Organisation im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter nichts einzuwenden; doch darf ein Druck auf solche bereits einem anderen Verbands angehörige Arbeiter nicht ausgeübt werden, um sie zum Uebertritt zum Verband der Gemeindegewerkschaft zu bewegen.“

Bezüglich der Arbeiter in Licht- und Kraftwerken wurde auf Anfrage unter Zustimmung der Konferenz erklärt, daß es sich nicht um gewerbliche Arbeiter wie z. B. Monteure und Rohrleger handele, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, daß diese vielmehr nach

wie vor zu ihren Berufsorganisationen herangezogen werden sollen. Nach dieser Abgrenzung des Agitationsgebietes wird sich ein friedliches Neben- und Miteinanderarbeiten mit dem Verband der Gemeindearbeiter ermöglichen lassen, nicht aber, wenn dieser fortfährt, seine Agitation auf Steinzeiger, Lualarbeiter, Straßenbahner usw., die in Regiebetrieben arbeiten, auszudehnen.

Auch über die Grundsätze im gewerkschaftlichen Kampfe, wie sie von dem Vorstände des Verbandes in einer an den Oberbürgermeister von Berlin gerichteten und in Nummer 13 des Verbandsorgans „Die Gewerkschaft“ vom Jahre 1904 veröffentlichten Denkschrift zum Ausdruck kommen und in der erwähnten zum Verbandsvorstande herausgegebenen Broschüre näher begründet sind, kam es in der Konferenz zu einer Aussprache. Die Vorstandsvertreter erklärten einstimmig (bei einer Stimmenthaltung), daß diese Grundsätze nicht den Anschauungen entsprechen, die in den modernen Gewerkschaften Geltung haben und Geltung behalten sollen. Die Gewerkschaften sollen ihre Mitglieder zu selbstbewußten Menschen erziehen, die nicht um geringer Vorteile willen auf eines der ihnen zustehenden Rechte verzichten. Dieser Grundsatz müsse auch in den Gewerkschaften aufrechterhalten werden, die sich einer besonderen Taktik bei Vertretung ihrer Forderungen bedienen.

Ueber periodische Unterrichtskurse für die in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Personen wurde eingehend in der Konferenz diskutiert. Die Generalkommission wurde beauftragt, die Sache nochmals nach allen Richtungen hin auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen.

Auch die Frage der gegenseitigen Unterstützung bei Streiks wurde kurz erörtert und in Aussicht genommen, sie des näheren in einer späteren Konferenz zu besprechen.

Daß dem Gewerkschaftlichen Frauen-Agitationskomitee von der Generalkommission ein Raum zur Erledigung der Arbeiten zur Verfügung gestellt worden ist, wurde einstimmig von der Konferenz gutgeheißen.

Die Konferenz beschloß ferner, auf die Tagesordnung des im nächsten Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongresses die Punkte zu setzen „Die Märfener“ und „Generalstreik oder politischer Massenstreik“. Gegen die Generalstreiksiden sprach sich die Konferenz ablehnend aus; sie hielt es aber für zweckmäßig, daß diese ablehnende Haltung auch in einem Beschluß des Gewerkschaftskongresses zum Ausdruck komme.

Es wurde sodann über Beschaffung von Versammlungsorten in den Gegenden, in welchen die Gewerkschaften noch wenig entwickelt sind, sowie über eventuelle Erweiterung des Arbeitersekretariats in Oberschlesien verhandelt.

Auf Anfrage, welche Bewandnis es mit der angeblichen Unterschlagung einer den Delegierten auf der Konferenz in Dublin überreichten Schrift habe, erklärten die Delegierten, daß es sich um eine Schrift handele, wie sie vielfach auf Konferenzen und Kongressen zur Verteilung gelange. Der größte Teil des Inhaltes sei den deutschen Arbeitern, die Leser der Arbeiterpresse sei, bekannt, weil diese Presse eingehend über alle Vorgänge in Frankreich berichte. Eine Veranlassung, den Inhalt der Schrift den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besonders bekannt zu geben, lag deshalb nicht vor, zumal das darin Empfohlene mit den Aufgaben der Gewerkschaften gar nichts zu tun habe.

Die Konferenz beschäftigte sich zum Schluß mit verschiedenen Anregungen, u. a. mit einem Antrage der Preßkommission der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, der dahin ging, daß die Verbandsvorstände eine direkte Berichterstattung über die Generalversammlungen veranlassen sollten. Der Antrag wurde mit der Bemerkung zur Kenntnis genommen, daß ihm allgemein nicht Folge gegeben werden könne und es den einzelnen Vorständen überlassen bleiben müsse, zu entscheiden, ob sie den Wunsch erfüllen können. Im übrigen sei es zweckmäßig, wenn die Provinzpresse sich dahin vereinigen würde, daß sie einen Bericht auf gemeinsame Kosten durch einen Berufsberichterstatteur auffertigen ließe.

Weitere Anregungen verschiedener Art wurden zur Kenntnis genommen und damit die Beratungen abgeschlossen.

Konferenz der Gewerkschaftsvertreter der Provinzen Ost- und Westpreußen.

Elbing, 16. Oktober 1904.

Seit einem Jahrzehnt sind die gewerkschaftlichen Agitationskommissionen in Königsberg und Danzig tätig, ohne daß Veranlassung genommen wurde, die Vertreter der Gewerkschaften zu einer Aussprache über die gemeinsame Agitationsarbeit zusammenzuberufen. Das Bedürfnis zu einer solchen Aussprache lag wohl vor, jedoch ist das Agitationsgebiet so ausgedehnt, die Orte, in denen die Gewerkschaften Boden gewonnen haben, liegen so weit von einander entfernt, daß eine solche Konferenz bedeutende Unkosten verursacht. Das Bedenken, diese Unkosten würden nicht im Verhältnis zu dem zu erwartenden Erfolge stehen, war entscheidend dafür, so lange von der Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz für die östlichen Provinzen abzuziehen, bis eine dringende Veranlassung zu einer solchen vorlag. Diese wurde durch die Anstellung eines besoldeten Gewerkschaftsbeamten für die beiden Provinzen, dem die Agitationsarbeit in Zukunft hauptsächlich obliegen soll, gegeben.

Bisher erfolgte die Leitung der Agitation durch die Agitationskommissionen, deren Mitglieder die erforderlichen Arbeiten neben ihrer Berufsarbeit und neben ihrer Arbeit für die eigene Gewerkschaft verrichteten. Die Kommissionen haben aus verschiedenen Gründen stets nur eine geringe Tätigkeit entfaltet. Zum Teil lag dies an den ungünstigen äußeren Umständen, zum Teil aber auch daran, daß die Mitglieder der Kommissionen von der Wichtigkeit dessen, was ihnen oblag, nicht durchdrungen waren.

Die Agitationskommission in Königsberg wurde im Jahre 1893 eingesetzt. Abgesehen von Differenzen, die in der Arbeiterbewegung in Königsberg immer wieder auftauchten, beeinflusste auch die Gegenagitation lokaler Gewerkschaften die Arbeiten der Kommission. Dazu kam, daß ein ständiger Wechsel in der Zusammensetzung der Kommission vorhanden war, so daß einer der wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Agitation, das dauernde Zusammenarbeiten gleichstrebender Personen, bei der Kommission nie recht zur Geltung kam. Die Kommission hatte während ihres Bestehens nicht weniger als neun verschiedene Vorsitzende. Ebenso lagen die Verhältnisse bei der Kommission in Danzig, die im Jahre 1894 eingesetzt wurde. Diese wies den gleichen Wechsel in der Zusammensetzung auf und hat in dem Jahrzehnt ihres Bestehens sechs verschiedene Vorsitzende gehabt. Es mag zugegeben werden, daß den Personen, welche in den Kommissionen tätig sein sollten, gleichzeitig auch alle anderen Arbeiten in der Arbeiterbewegung auferlegt wurden, jedoch hätte sich bei gutem

Willen weit mehr leisten lassen, zumal die Generalkommission jederzeit die für die Kommissionen erforderlichen Agitationsmittel zur Verfügung stellte. Die unzureichende Tätigkeit der Kommissionen veranlaßte die Generalkommission, nicht nur die wiederholt gestellten Anträge, für jede der Kommissionen einen Beamten zu besolden, abzulehnen, sondern es wurde 1901 ernstlich in Aussicht genommen, die Kommissionen aufzulösen. In den Besprechungen mit den Gewerkschaftsvertretern, die im genannten Jahre in Königsberg und Danzig stattfanden, wurde jedoch der Wunsch ausgesprochen, die Kommissionen zu erhalten.

Wenn auch die Agitationskommissionen nicht so tätig waren, wie es zu wünschen war und wie es hätte sein können, so ließ sich auf der anderen Seite doch nicht leugnen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen des Bezirks Fortschritte gemacht hatten. Es waren organisierte Arbeiter in Ost- und Westpreußen vorhanden: 1893: 1280; 1894: 1790; 1896: 2242 und 1902: 6027. Der Fortschritt der letzten Jahre ist darauf zurückzuführen, daß die Vorstände einzelner Gewerkschaften der Organisation im Osten größere Aufmerksamkeit schenkten und besoldete Beamte für das Gebiet anstellten, doch wird auch der Tätigkeit der Agitationskommissionen ein Teil des zu verzeichnenden Erfolges zuzuschreiben sein. Jedenfalls mußte diese, wenn auch langsame Fortentwicklung der Organisationen entscheidend dafür sein, die Agitationsarbeit für die gesamte Bewegung nicht aufzugeben und nicht den einzelnen Verbänden es zu überlassen, diese Agitation in die Hand zu nehmen. Es kommt bei der Beurteilung des Erfolges der gewerkschaftlichen Agitation im Osten nicht nur in Betracht, wieviele Mitglieder die Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen haben, sondern welcher Einfluß durch diese Agitation auf die Arbeiter ausgeübt wird, die in großer Zahl in das westliche Industriegebiet ziehen. Dieser Einfluß läßt sich nicht zahlenmäßig nachweisen, er ist aber für die Gewerkschaften in den fortgeschrittenen Bezirken Deutschlands von größter Bedeutung.

Diese Erwägungen veranlaßten die Generalkommission schließlich doch, dem Gewerkschaftsausschuß zu empfehlen, einen besoldeten Beamten für Ost- und Westpreußen anzustellen, wenn nicht die einheitliche Agitationsarbeit für alle Gewerkschaften aufgegeben werden sollte, weil eine ausgedehntere Tätigkeit von den beiden Agitationskommissionen auch in Zukunft nicht zu erwarten war. Der Gewerkschaftsausschuß beschloß diesem Vorschlag gemäß und erfolgte die Anstellung des Beamten am 1. Oktober 1904. Es war dadurch aber eine neue Abgrenzung des Agitationsgebietes erforderlich, die bestehenden Agitationskommissionen waren durch eine Kommission zu ersetzen, und schließlich schien es auch geboten, eine Aussprache der in der gewerkschaftlichen Bewegung tätigen Personen über die zweckmäßigste Art der Agitation herbeizuführen. Aus diesen Gründen wurden die Gauleiter der Centralverbände, die Vorsitzenden der Gewerkschaftskartelle und Vertreter von Organisationen aus den Orten, in welchen kein Gewerkschaftskartell besteht, aus den Provinzen Ost- und Westpreußen zu einer Konferenz zusammenberufen.

Es waren auf der Konferenz 36 Delegierte anwesend. Davon waren 17 Gauleiter von Centralverbänden, 7 Kartellvorsitzende und 4 Vertreter aus Orten, in denen eine gewerkschaftliche Organisation, aber kein Kartell vorhanden ist. Die Agitationskommissionen waren durch je 2 Mitglieder, die

Generalkommission durch 1 Mitglied vertreten. Ferner waren anwesend: der neugewählte Beamte für Ost- und Westpreußen, der Agitationsleiter für die Provinz Posen und der Redakteur des polnischen Gewerkschaftsorgans.

Die Konferenz nahm zunächst die Berichte der Agitationskommissionen entgegen. Beide Berichterstatter betonten die Schwierigkeiten, die sich bei der Agitation zeigten. Es ist wohl wiederholt gelungen, Zweigvereine der Centralverbände in kleineren Orten zu errichten, nicht aber zu erhalten, weil es an Personen mangelte, die eine ständige Fühlung mit den neugegründeten Organisationen unterhielten. Die Mitglieder der Kommission waren mit Arbeit zu sehr überlastet, um die notwendige persönliche Verbindung erhalten zu können. In Königsberg waren drei von den fünf Mitgliedern der Kommission aus verschiedenen Gründen an der Mitarbeit verhindert. Besonders trage auch der Mangel an Versammlungslokalen die Schuld, daß nur schwer den Gewerkschaften Eingang in den östlichen Provinzen verschafft werden könne. In Ostpreußen ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten trotzdem seit dem 1. Januar 1902 um 2048 gewachsen, und zwar in Königsberg von 2057 auf 3440 und in der Provinz von 671 auf 1336. Für Westpreußen konnten Zahlenangaben nicht gemacht werden, weil der Vorsitzende der Agitationskommission in Danzig, der das Material in Händen hatte, nicht zur Konferenz erschienen war.

In der Diskussion über die Berichte und die weitere Ausgestaltung der Agitation wurde besonders betont, daß die gewerkschaftliche Kleinarbeit mehr betrieben werden müsse, weil der mit Versammlungen erzielte Erfolg sich als gering erweise. Wenn aber Mitglieder durch die Kleinarbeit gewonnen seien, so sind die Versammlungen unentbehrlich, um den Zusammenhalt zu fördern, und deswegen müssen in den Orten Lokale beschafft werden, in welchen solche infolge der Unduldsamkeit der Gegner und infolge des bekannten, überall gleichartigen Verhaltens der Behörden nicht zur Verfügung stehen. Des weiteren müsse eine größere Fühlung unter den Personen, die in der Agitation tätig sind, herbeigeführt werden. Der größte Nachteil, der sich bisher ergab, der Mangel einer ständigen Verbindung mit neugeschaffenen Organisationen in kleineren Orten, das Fehlen immerwährender Anregung und der Ausübung einer steten Kontrolle über die Geschäftsführung in den neuentstandenen Organisationen, werde durch die Anstellung des Beamten behoben werden.

Die Konferenz nahm sodann das folgende Regulative für die neueinzusetzende Agitationskommission an:

§ 1. Zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung in den östlichen Provinzen Preußens wird eine Agitationskommission mit dem Sitz in Elbing gebildet.

Der Agitationsbezirk umfaßt die Provinz Ostpreußen und die Provinz Westpreußen mit Ausnahme der Kreise Stralsburg, Briesen, Thorn, Culm, Schwes. Flatow und Deutsch-Krone des Regierungsbezirkes Marienwerder.

§ 2. Die Kommission besteht aus fünf Personen und zwar: einem Sekretär und vier Beisitzern. Der Sekretär wird von der Generalkommission ernannt. Er übernimmt den Vorsitz in der Kommission, führt die Kasse und erledigt die geschäftlichen Angelegenheiten. Die Wahl der Beisitzer erfolgt durch das Gewerkschaftskartell desjenigen Ortes, an dem die Kommission ihren Sitz hat, alljährlich im Anschluß an die er-

folgenden Neuwahlen der Delegierten zum Gewerkschaftsartell. Wiederwahl ist zulässig. Scheidet während der Wahlperiode ein Mitglied aus, so erfolgt die Ergänzungswahl ebenfalls durch das Gewerkschaftsartell.

§ 3. Die Agitationskommission hat die Aufgabe, mit Hilfe der Gewerkschaftsartelle und sonstigen Vertrauenspersonen, die Agitation für die Ausbreitung und Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung zu betreiben.

§ 4. Die Kommission hat den örtlichen Zweigvereinen der Centralverbände, sowie deren Leitungen in allen gewerkschaftlichen Fragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, Anleitung in der Kassen- und Buchführung zu geben und darauf zu achten, daß die Geschäftsführung eine ordentliche ist, sowie alle ihr von den Centralvorständen aufgetragenen Revisionen vorzunehmen. Für die Centralverbände, die Gauleiter im Agitationsbezirk haben, hat die Kommission die Agitationsarbeiten nur auf Wunsch der Gauleiter zu übernehmen.

§ 5. Die Agitationskommission hat am Schlusse eines jeden Quartals eine Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben, sowie halbjährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit und die Entwicklung der Organisationen, sowie über alle wichtigen Vorkommnisse im Bezirk, an die Generalkommission einzusenden.

§ 6. Zur Kontrolle der Kassenführung wählt die Agitationskommission aus ihrer Mitte zwei Personen. Diese haben die Abrechnung zu prüfen und deren Richtigkeit durch Namensunterschrift zu bestätigen.

§ 7. Die Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz erfolgt durch die Agitationskommission im Einverständnis mit den Gewerkschaftsartellen und den Gauleitern nach Bedarf.

§ 8. Die aus der Bescheidung der Konferenzen erwachsenen Unkosten haben die Organisationen resp. Zweigvereine selbst zu decken.

Von der Generalkommission war in Aussicht genommen, den Sitz der Agitationskommission nach Königsberg zu legen, weil hier die größte Zahl der Gauleiter der Centralverbände wohnt und deswegen aus diesen, die gemeinsam arbeiten sollen, eine Agitationskommission leicht gebildet werden konnte. Von dem Gewerkschaftsartell in Elbing wurde jedoch der Wunsch geäußert, als Sitz des Beamten Elbing zu bestimmen, weil hier nicht eine wirtschaftlich unabhängige Person sei, die rückhaltlos für die Arbeiterinteressen eintreten könne, während in Königsberg und in Danzig mehrere solcher Personen vorhanden seien. Außerdem habe Elbing eine zahlreiche Industriearbeiterschaft und läge auch geographisch günstiger wie Danzig und Königsberg. Die Konferenz erkannte die Berechtigung dieser Argumente an und beschloß gegen wenige Stimmen, daß Elbing der Sitz der Agitationskommission sein soll. Ebenso wurde auch die Angliederung des südlichen Teiles der Provinz Westpreußen an das Agitationsgebiet der Kommission für die Provinz Posen aus Zweckmäßigkeitsgründen beschlossen. Diese Kommission hat ihren Sitz in Bromberg und sind die in dem zweiten Absatz des Regulativs genannten Orte von hier aus besser zu bearbeiten.

Nachdem noch die Sätze bestimmt waren, nach welchen die Kommission die Entschädigungen für Agitationsreisen zu leisten hat, wurde die Konferenz geschlossen.

Die Adresse des Vorsitzenden der Agitationskommission für Ost- und Westpreußen ist:

H. Trilse, Elbing, Kl. Ziegelscheunstr. 9.

Niederländische Berufskongresse.

Niederländischer Maurerverband. In Rymwegen tagte am 18. und 19. September der 7. Jahreskongreß dieses Verbandes, welcher beschied war durch die Abteilungen Amsterdam, Arnheim, Alkmaar, Gröningen, Haag, Leeuwarden, Rymwegen, Venlo, Wageningen und Zaandam. Nicht vertreten waren die Abteilungen: Haarlem, Sneek und Winshoten, von den eingeladenen fünf nicht angeschlossenen Lokalvereinen war nur Leiden vertreten und der deutsche Maurerverband durch seinen Vorsitzenden Bömelburg.

Dem Jahresbericht zufolge sind leider von den in Niederland arbeitenden 16 000 Maurern nur 600 organisiert. Die Lauheit und Schläfrigkeit der niederländischen Genossen ist noch so groß, daß die kleine Organisation nur mit Mühe ihre Pflichten erfüllen kann, zumal die deutschen Bauunternehmer diese Schwierigkeiten noch vergrößerten durch Werbung von Streifbrechern nach Deutschland (1903 für Emden und dieses Jahr für Bremerhaven, Geestmünde und Lebe), wiewohl sie wenig Erfolg hatten (nur ein niederländischer Streifbrecher arbeitet in Bremerhaven). Durch diese Agitation und das aktive Auftreten des Verbandes im allgemeinen hatte dieser große Kosten, und hätte ihm der deutsche Verband nicht finanziell geholfen, so hätte er ein großes Defizit gehabt. Im verfloßenen Berichtsjahre wurden fünf Abteilungen errichtet und gingen drei verloren; auch klagt der Hauptvorstand über das ärmliche System, bei jedem Kampfe oder anderen Gelegenheiten die nötigen Mittel durch Sammellisten zusammenzubetteln und fordert für die Zukunft die Errichtung einer Widerstands- (Streik-) Kasse mit bestimmten Beiträgen.

Der Rechnungsbericht ergab folgende Ziffern: Wirtschaftliche Kasse: Einnahme 2910,61 Mk. (wovon 1897,20 Mk. an Beiträgen) und Ausgabe 2824,29 Mk.; Widerstandskasse: Einnahme 728,81 Mk. und Ausgabe 203,22 Mk.; Begräbniskasse: Einnahme 418,71 Mk., Ausgabe 370,40 Mk. Die Fachzeitung „De Metselaar“ hatte bei einer Einnahme von 817,76 Mk. ein Defizit von 63,52 Mk.

Der deutsche Maurerverband hat den Niederländern eine Hilfe bis zu einem jährlichen Maximum von 1000 Mk. für ihre Agitation zugesagt und ihnen durch Bömelburg manchen nützlichen Wink gegeben; wenn sie ihn nur beherzigen und die „Wolkensuckdeheimer“ im Verbands nicht wieder abbrechen, was andere mit Mühe errichtet haben. So beklagten sich z. B. die Delegierten von Arnheim und Haag über das unnötige Schimpfen des Redakteurs auf die „Politiker“ in der Fachzeitung. Unter den Anträgen ist hervorzuheben, daß in Zukunft die Beiträge der Abteilungen an die Verbandskasse auf 13 Stunden örtlichen Lohn pro Mitglied und pro Jahr bestimmt sind und Verbandsmitglieder während ihrer militärischen Dienstzeit und Übungen vom Beitrag befreit sind und alle Rechte und Ansprüche als Mitglieder behalten, aber auch gleich den arbeitslosen Mitgliedern verpflichtet sind, eine Arbeitslosenmarke zu haben. Ein Antrag, einen bestimmten Beitrag für die Widerstandskasse zu fordern, wurde dem Hauptvorstande zur Prüfung überwiesen, der am Ende des Jahres Bericht erstatten wird, ob es nötig sei, den gegenwärtigen Zustand zu verändern. (Nest wird periodisch mit Stundenlohn bezahlt.) Nach langer und mitunter heftiger Beratung wurde der Antrag Arnheim auf Abtrennung von der jetzigen Landescentrale mit sieben gegen eine Stimme und einer

Enthaltung abgewiesen. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, wurde der Kongreß geschlossen.

Der Allgemeine Niederländische Diamantarbeiterverband hielt vom 26. bis 30. September im Verbandsgebäude zu Amsterdam seine 8. Jahresversammlung ab, die außerdem aus 35 Mitgliedern bestehenden „Bundesrat“ (wobei vier Frauen als Vertreter der Brillant- und Köschenschneiderinnen) durch Delegierte der Schwesterorganisationen „Betjalel“ (israelitische), „St. Eduardus“ (katholische) und „Patrimonium“ (protestantische) Diamantarbeiter besucht war.

Die erste Sitzung wurde durch den Verbandsvorsitzenden Henri Polak mit kurzen kräftigen Worten eröffnet, wobei er die Delegierten der Schwesterorganisationen willkommen hieß und darin den Wunsch aussprach, daß das bis jetzt noch sehr lose Band, welches den Verband und die Schwesterorganisationen verbindet, in Zukunft noch fester und dauerhafter werden möchte. In seiner Uebersicht über das verflossene Jahr brachte er in Erinnerung, daß verschiedene Male dem Vorstände der Vorwurf gemacht wurde, daß alles zu langsam ginge, daß die Organisation zu vorsichtig wäre. Man vergesse aber, daß jedes Vorgehen sich richtet nach der Taktik der Gegner.

„Wir dachten, meinte er, daß die Erfüllung verschiedener Forderungen noch lange dauern würde, doch wir haben uns geirrt. Der jüngste Kampf, den uns die Juweliere auferzogen haben, hat uns Gelegenheit gegeben, verschiedene unserer Forderungen den Juwelieren abzuwingen. Wohl mußten wir einen Teil unseres Lehrlingsbeschlusses preisgeben, aber wie haben dafür eine Forderung erzielt, welche in Amerika und England nur einzelne, und auf dem Kontinent von Europa noch keine der besten Organisationen vollständig (?) erzielt hat, wir haben die Arbeitswoche von 54 Stunden allgemein eingeführt, und für Eigenkostenarbeiter eine verhältnismäßige Preiserhöhung erreicht. Unsere Lage nach der Aussperrung kann darum auch gut genannt werden. Unsere finanziellen Verluste während der Aussperrung waren wohl empfindlich, aber wir werden sie sehr bald wieder ausgefüllt haben, wohingegen die Juweliere solche Verluste erlitten, daß ihnen die Lust zu Kraftproben wohl vorläufig vorgehen wird. Wir sind erstarbt aus dem Kampfe hervorgegangen und können mit Zuversicht in die Zukunft blicken.“

Am Schlusse seiner Rede bedauerte der Vorsitzende die traurige Lage der niederländischen Gewerkschaftsbewegung. Auf den vor kurzem abgehaltenen internationalen Kongressen kam so recht die Trägheit und Ohnmacht der niederländischen Gewerkschaftsbewegung zum Vorschein gegenüber der Stärke und Aktivität der ausländischen (besonders der deutschen) Organisationen; dies hat der Allgemeine Niederländische Diamantarbeiterverband, der sich mit den besten ausländischen Organisationen messen kann, mit großer Besorgnis beobachtet. Wenn in allgemeiner und politischer Hinsicht von gegenseitiger dauerhafter Hilfeleistung der heimischen Organisationen gesprochen werden sollte, so muß der jetzige Zustand verschwinden. Der Zimmerer- und der Cigarrenarbeiterverband (bis vor kurzem tüchtige Organisationen) werden in jüngster Zeit zerrissen und geschwächt und werden binnen kurzem durch den Vorstand an den „Bundesrat“ Anträge gestellt werden, um den Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiterverband auch im Interesse der allgemeinen niederländischen Gewerkschaftsorganisationen mobil zu machen, damit auf den nächsten internationalen Gewerkschaftskongressen die niederländische Gewerkschaftsbewegung nicht wieder so schlecht vertreten sei. Nicht mit großen Worten, sondern mit Taten müsse dieser jämmerlichen Trägheit ein Ende gemacht werden. Dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Der Diamant-

arbeiterverband hat die lange Aussperrung bestanden ohne wesentliche Verluste und im Gegenteil noch an innerlicher Kraft gewonnen. Die Anhänglichkeit und Liebe der Diamantarbeiter zu ihrer Organisation zeigte sich wie nie zuvor, denn selbst bei den erhöhten Beiträgen sind es nur wenige Mitglieder, die nicht bezahlen oder Beitrag schuldeten, und auch hinsichtlich der Pflichterfüllung und Disziplin ist ihr Geist unter den Mitgliedern ein guter; sie haben eben auch an dieser Aussperrung eine gute Lehrschule gehabt.

Während der Aussperrung wurden von den arbeitenden Mitgliedern an außergewöhnlichen Beiträgen vereinnahmt: 140 755,81 Mk.; von Vereinen, Kommissionen usw. 61 165,43 Mk.; vom Amsterdamer Arbeiterkartell 38 173 Mk.; an Vorschüssen 189 746,27 Mk. und als Obligationsanleihe auf das Verbandsgebäude 83 050,84 Mk.

An den Diamantarbeiterverband zu Antwerpen wurde während der Aussperrung 56 970,40 Mk. geliehen, wovon bis jetzt 23 532,23 Mk. zurückbezahlt sind.

Der Verband löste von der im Jahre 1902 geschlossenen zweiten Hypothek 16 949,15 Mk. ab und bezahlte während der Aussperrung an Miete für das Gebäude „Belog“ monatlich 1694,91 Mk. Von den Vorschüssen wurden bis jetzt 79 603,42 Mk. zurückbezahlt und im ganzen während der Aussperrung 655 245,61 Mk. ausbezahlt. Daß auch sonst der Verband nicht stilllag, zeigt sich darin, daß im verflossenen Jahre für 19 Ausstände 18 796,65 Mk. ausbezahlt wurden. Im ganzen waren 55 Differenzen zu verzeichnen, die beinahe alle erfolgreich beendet sind.

An Beiträgen wurde vereinnahmt 318 482,88 Mk. (größter wöchentlicher Beitrag 9381,78 Mk. — 23. bis 30. Juni) und für die Opfer des April-(General) Streiks 20 007,07 Mk.

Ausgegeben wurden u. a. 44 054,24 Mk. für Gehälter; 8931,40 Mk. für Drucksachen (der Verband hat eine eigene Druckerei); für das eigene Gebäude 9269,47 Mk., für die Fachzeitung (die gratis den Mitgliedern wöchentlich zugeht) 13 985,41 Mk.; an Ueberwachungskosten 7494,34 Mk.; für Entbindungsunterstützung 661 Mk.; Sterbegelder 6610,17 Mk., für Gemahregelte 19 329,09 Mk. und 33 818,64 Mk. für Krankenunterstützung. Der Verband hatte am 30. Juni noch 30 508,47 Mk. Kassenbestand.

Ueber die Geschäftslage wurde berichtet, daß diese im allgemeinen noch stets günstig ist, nur sei, wenn das Syndikat darin keine Veränderung durch Aufhebung des Rohverkaufes in diesen Sorten bringt, in kleinen Artikeln eine Krise zu erwarten.

Bei der Besprechung des Jahresberichtes, welche die ersten drei Sitzungstage beanspruchte, kamen verschiedene Beschwerden zur Sprache, bei deren Beantwortung der Vorsitzende ausführlich zeigte, daß man sich in die finanzielle Lage des Verbandes während der Aussperrung denken müsse. Der Verband hatte am Anfang der Aussperrung 237 288 Mk. in der Kasse, und während der Aussperrung wurden ausbezahlt 755 932 Mk. An einem Tage mußten 42 373 Mk. ausbezahlt werden; es waren aber nur 10 170 Mk. in der Kasse. Es kostete Mühe, die fehlende Summe zu bekommen. Bezüglich der durch Blacierung von Lehrlingen drohenden größeren Arbeitslosigkeit führte der Vorsitzende an, daß, da binnen einigen Jahren bei circa 8500 Diamantarbeitern in Amsterdam auch die Arbeitslosigkeit zunehmen werde, beizeiten durch Errichtung einer Unterstützungskasse für Arbeitslosigkeit gesorgt werden müsse. Da bei der Gemeindeverwaltung (Magistrat) Neigung besteht, eine Arbeitslosenversicherung nach dem „Genter“ System zu

errichten, so könne der Organisation dadurch etwas Hilfe geleistet werden; doch würde dies noch immer eine starke Beitragserhöhung erfordern, die jährlich 125 000 bis 134 000 Mk. aufbringen kann. Gegenüber der Beschwerde, daß der Verband sich zu viel auf seine Klasse verläßt und zu wenig „direkte Aktion“ (französisches Muster) führt, wurde bewiesen, daß der Verband fortwährend Ausstände von Wochen und Monaten mit 50 bis 100 Teilnehmern hat und im vergangenen Jahre außer der großen Aussperrung noch 34 000 Mk. für diese „direkte Aktion“ ausgegeben hat.

Bei der Besprechung des Rechnungsberichts drückten alle Redner ihre Enttäuschung über die Gleichgültigkeit der meisten Gewerkschaften bei der Unterstützung der Diamantarbeiter während der Aussperrung aus. Von der empfangenen Unterstützung (100 000 Mk.) sind ein Drittel durch die amerikanischen Kollegen gesammelt und mehr als ein Drittel aus den Reihen der Bourgeoisie; zieht man von dem übrigen noch ab, was andere ausländische Organisationen gegeben haben, so ist der durch die niederländischen Gewerkschaften gesammelte Rest betrübend klein. Ein Antrag, bei einem zukünftigen Appell an die wohlbekannte Freigebigkeit der Diamantarbeiter vorichtig zu sein mit Unterstützungen, und Organisationen, die (wie z. B. der Möbelerbeiterverband in seiner Jahresversammlung) den Wunsch billigen, daß der Diamantarbeiterverband je eher je lieber in den Grund gehört würde, nicht zu unterstützen, fand allgemeine Zustimmung.

Von der Tagesordnung ist hervorzuheben, daß ein Antrag auf Errichtung von Arbeitslosen-Versicherung durch Beibehaltung der erhöhten Beiträge nach Tilgung der Schulden angenommen wurde, doch muß erst über Bestimmung von verschiedenen Fragen eine Generalversammlung abgehalten werden. Ein Antrag behufs Errichtung einer Invaliditätskasse wurde wegen Unausführbarkeit abgewiesen. Vertag behufs Veränderung wurden zwei Anträge auf Wiederrichtung der Fachsektionen und Aufhebung des „Bundesrates“. Nachdem noch verschiedene Anträge besprochen waren und an fünf Opfer der Willkür des Marineministers Ellis (ohne Mittel wegen Mitgliedschaft des „Marinematrosenverbandes“ auf die Strafe geworfen) kräftige Hilfe zugesagt war, schloß der Vorsitzende die Jahresversammlung.

Am 25. September tagte eine außergewöhnliche Generalversammlung der „Post“ (des Verbandes für niederländische Post- und Telegraphenbeamten) in Utrecht, die durch 41 Abteilungen besandt war. Die verschiedenen Anträge, die behandelt wurden, waren hauptsächlich gegen die durch Willkür der höheren Beamten verschärften Mißverhältnisse gerichtet. Zwischen Postboten und Briefträgern (höher im Range) besteht solch ein Mißverhältnis, wogegen der Verband schon verschiedene Petitionen an das Ministerium gerichtet hat (um die Jahre, welche die Briefträger als Postboten gedient haben, bei Gehaltserhöhung mitzurechnen) und wogegen sich nun der Verband mit einer Petition an das Parlament richten wird. Er fordert auch eine bessere Regelung der Rechtsverhältnisse der Postbeamten, die jetzt noch immer teilweise der Willkür der höheren Beamten überliefert sind. Ein Antrag, für Beamte, welche ein Fahrrad gebrauchen müssen, sowie solche, welche Perron-, Quittungs- und Paketdienst verrichten, eine feste Jahreszulage von 50 Gld. (84,75 Mk.) zu verlangen, wurde angenommen. Bezüglich des Nachdienstes wurde die in Deutschland und England bestehende

Prozenterhöhung (50 Proz.) als Beispiel gestellt. Nachdem noch verschiedene Anträge über Pension usw. besprochen waren, wurde diese Versammlung, in der sich, trotz des Verfolgungssystems der Vorgesetzten, doch ein entschlossenes, zielbewußtes Streben äußerte, auf gebräuchliche Weise geschlossen. A. Jansen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen in Deutschland.

Die Klavier- und Klaviaturarbeiter Berlins und Umgegend befinden sich seit dem 3. Oktober im Streik. Seit dem Jahre 1896 ist ein ständiges Zurückgehen der Preise für die meisten Arbeiten zu verzeichnen. Der Verdienst ist in den verschiedensten Branchen und Betrieben trotz gleicher Arbeitsleistung außerordentlich ungleich. Wesentlich gefördert wurde diese Ungleichheit durch die in den letzten Jahren eingeführten Maschinen, sowie die Teilung der Arbeit in einer Reihe von Branchen. Aber auch in den noch am besten bezahlten Branchen bedurfte es infolge der mannigfachen Aenderungen der größten Anstrengungen, um den Verdienst annähernd auf der alten Höhe zu erhalten. Die Streikenden fordern 51 Stunden Arbeitszeit pro Woche, für Akkordarbeit einen Aufschlag von 10 bis 25 Prozent, für Lohnarbeiter einen Minimallohn von 27 Mk., wo derselbe bisher bezahlt, 10 bis 20 Prozent Aufschlag. Außerdem werden noch einige kleinere Forderungen gestellt. — Die Unternehmer, die zu Beginn der Bewegung sich zu Verhandlungen geneigt zeigten, sind durch den Generalsekretär Kasse nachträglich eines anderen belehrt worden. Sie werden diese Bekehrung teuer bezahlen müssen, da die Ausständigen trotz aller Bitten und Drohungen nicht daran denken, ohne Bewilligung ihrer Forderungen an ihre Plätze zurückzukehren. Bewilligt sind die Forderungen bis jetzt in 34 Betrieben mit ca. 700 Arbeitern. In 76 Betrieben streiken gegenwärtig noch 1550 Arbeiter. Da sämtliche Klaviaturarbeiter streiken, so macht sich in Pianofabriken, in denen sich die Arbeiter an der Lohnbewegung nicht beteiligten, ein erheblicher Mangel an Klaviaturen bemerkbar, so daß es hier an Beschäftigung fehlt. Hieraus ist auch wohl der Grund zu erkennen, warum die Fabrikanten den Beschluß faßten, 25 Prozent der noch in Arbeit Stehenden auszusperrn.

Eine Liste wurde von den Fabrikanten in Umlauf gesetzt, worin die Arbeiter erklären sollten, daß sie einer Arbeitgeberorganisation nicht angehören und Meldung zu erstatten, sobald sie einer solchen beitreten. Dieses erzielte aber nur vereinzelte Unterschriften und verschwand bald lang- und klanglos.

Der Stand des Streiks und der Aussperrung in der Berliner Gelbmetallindustrie ist der alte. Die Haltung der circa 4000 Streikenden und Ausgesperrten ist musterhaft. Der Unternehmerverband lehnt nach wie vor jede Unterhandlung mit dem Metallarbeiterverband ab und verlangt bedingungslose Rückkehr zur Arbeit. Daran denken indes die Arbeiter nicht im entferntesten; vielmehr rüstet die Organisation jetzt zu längerem Widerstand, indem sie den Streikenden und Ausgesperrten einen Extrazuschuß zur Unterstützung in Höhe von M. 10,— an Verheiratete und M. 5,— an Ledige und Frauen bewilligt und zum Zwecke einer weiteren Extraauszahlung für die Weihnachtstfeiertage von den Arbeitenden einen Extrabeitrag in Höhe von 50 Pf. bis 2 M. pro Woche erhebt.

Die Aussperrung der Berliner Tischler dauert fort; noch immer ist aber der